

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 40

Freitag, 18. Februar

1921

Dr. Simons in Karlsruhe.

Karlsruhe, 16. Februar. Vor einer Versammlung von Ministern, Landtagsabgeordneten, Vertretern staatlicher und städtischer Behörden, von Handel, Industrie und Gewerbe aus Karlsruhe und anderen badischen Orten, der Beamten-schaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, führte Reichsminister Dr. Simons in einer längeren Rede unter anderem folgendes aus: Die sogenannten Sanktionen, die Befreiung deutscher Gebiete, würden für Süddeutschland und insbesondere für Baden von größter, schwerwiegender Bedeutung sein. Wir wären auf gutem Wege, wenn wir den Brüsseler Weg weitergegangen wären. Man habe diesen Weg verlassen und den Weg des Diktats vorgeschlagen. Was sei denn die Pariser Konferenz anders? Der Verband greift weit über das hinaus, was wir zu leisten vermögen. Es ist unsere Aufgabe, den Franzosen nachzuweisen, daß es ihnen auf dem von ihnen betretenen Wege nicht gelingen wird, ihre schwierige Lage zu erleichtern. Wir müssen versuchen, mit Vorschlägen an die Londoner Konferenz heranzugehen, die innerlich durchdacht und praktisch durchführbar sind. Es ist möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in den ersten Versuchen kein Ergebnis der Verschüchterung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neue Methode zu einigen. Eine peinliche Rücke des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt, und wenn man nun jetzt Vorwürfe macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen ist, um Vorschläge machen zu können. Wir müssen festhalten an dem Wenigen, was wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben. Zu dem Wenigen gehöre die Unversehrtheit des Reichsgebirges. Er wisse, es gebe keinen Mann im Deutschen Reich, wo dieser Reichsgebirge lebendiger sei, als in Baden. Der Minister hob sodann die Unversehrtheit der Reichsverfassung hervor und meinte, solange wir die Reichsverfassung haben, solange wollen wir sie auch verteidigen gegen den Angriff von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unversehrtheit der deutschen Reichsverfassung nicht gewähren. Dagegen müßten wir uns wehren. Die Pariser Beschlüsse liefen hinaus auf einen Zusammenbruch alles dessen, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete erworben habe. Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des Deutschen Reiches. Jede Bestrebung von außen, die dahin geht, das deutsche Stammesgebiet auseinanderzureißen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das erhebende Gefühl gehabt habe, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen werde. Er gehe nach London mit dem Gefühl, daß dieser Einheitsgedanke aus dem ganzen deutschen Volke nicht herausgerissen werden könne. Dieses Gefühl werde ihm Kraft geben, den unannehmbaren Forderungen gegenüberzutreten.

Die Besatzungskosten.

Berlin, 16. Februar. In dem Berichte der verbündeten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz werden nach der „Europe Nouvelle“ die deutschen Angaben über die Unterhaltungskosten des Besatzungsheeres als unrichtig bezeichnet und es wird behauptet, daß die deutsche Regierung für die von ihr angegebene Kostensumme von 15 Milliarden und 5 Millionen in keiner Form Belege habe. Der „Wolfsche Zeitung“ wird dazu von sachverständiger Stelle mitgeteilt, daß die Internationalen Bericht 15 Milliarden Papiermark aus dem liquidierten deutschen Eigentum zur Deckung der besetzten Besatzungskosten angemeldet haben. Weiter enthält die deutsche Kostenangabe diejenigen Ansprüche, welche die deutschen Staatsbürger seit dem ersten Tage der Besatzung für den durch diese erlittenen Schaden geltend gemacht haben.

Französische Einschüchterungsversuche.

Drohung mit den Sanktionen.

Paris, 17. Februar. Marcel Huin schreibt im „Echo de Paris“ über die bevorstehende Londoner Konferenz: Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage würden von den Forderungen der Verbündeten in solchem Grade abweichen, daß Frankreich nicht zurückweichen werde. Ministerpräsident Briand werde sich an den Grenzen des Abkommens von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem kategorischen Nein London verlassen würden, sei anzunehmen, daß die französischen Unterhändler nach Paris zurückkehren werden und daß Ministerpräsident Briand unverzüglich das Parlament unterrichten werde. Man fasse die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort spielen lassen würden, die im Abkommen von Paris vorgesehen seien. Wenn England beispielsweise Beschäftigung von den Besatzungsmaßnahmen eines großen deutschen Hafens, und wenn Frankreich für den Anfang beginne, Hand auf eine industrielle Großstadt zu legen, die für die Kohlenlieferung für Bayern und andere deutschen Staaten in Frage komme, dann würden die Deutschen sich wohl die Sache überlegen und ohne Zweifel nach London zurückkehren um auf der Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpasse.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 16. Februar. Die deutschen Kohlenlieferungen für Januar belaufen sich auf 1 681 996 t, davon 1 060 482,5 t Kohlen, 393 578,8 t Roheisen und 226 935 t Braunkohlenbriketts. Von diesen Mengen

wurden 1 049 075,5 t Frankreich zugestellt, 208 012 t Italien, 274 696 t Belgien und 130 213 t Luxemburg. Die Kriegslieferungskommission hat am 29. Januar eine längere Ausführung über die Schwierigkeiten geschickt, auf welche die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen stößt. Diese Ausführung unterliegt zurzeit einer genaueren Prüfung durch das Komitee der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angefordert werden, sobald das genannte Komitee seinen Bericht zu Ende geführt haben wird. Diese Vernehmung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monats März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Feststellung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während keinerlei Veränderungen der für Februar und März festgesetzten Zahl in Frage kommen.

Die deutsche Kinderhilfe.

Berlin, 17. Februar. Wie der Vorstand der deutschen Kinderhilfe mitteilt, haben die Sammlungen in Berlin für die deutsche Kinderhilfe über 10 Millionen Mark ergeben. Laut „Tägliche Rundschau“ beträgt das Gesamtergebnis der deutschen Kinderhilfe in Sachsen 3 1/2 Millionen Mark.

Danzig und Polen.

Danzig, 17. Februar. Der Beginn der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zum Abschluß der verschiedenen Verträge, die das weitere Verhältnis dieser beiden Staaten zueinander regeln sollen, ist nun endgültig auf den kommenden Sonnabend festgesetzt worden. Beide Parteien haben sich auf die Bildung von insgesamt dreizehn Kommissionen geeinigt, von denen vier in Danzig, die übrigen in Warschau tagen sollen. Es sind vorgesehen vier Kommissionen für politische Angelegenheiten, vier Kommissionen für die wirtschaftlichen Fragen und fünf Ausschüsse für Verkehrsangelegenheiten.

Verlust Oberschlesiens — Deutschlands Bankrott.

London, 16. Februar. In der „Westminster Gazette“ veröffentlicht Frau Barton einen Aufsatz über die Wirtschaftslage in Oberschlesien, in dem es heißt: Bei einer etwaigen Entscheidung der Volksabstimmung zugunsten Polens würde der polnische Nationalismus nur zum Ausbruch kommen in Tarifhindernissen und endlosen Vorschriften und Beschränkungen sowie in teilweiser Boykottierungen, wenn nicht Massenentlassungen deutscher Angestellter. Bei einem polnischen Siege würden Österreich, Italien und Oberschlesien nur wenig Aussicht darauf haben, die ihnen jetzt zugewiesene ober-schlesische Kohle, von der ihr Leben abhängt, zu erhalten. Mit dem Verlust Oberschlesiens würde Deutschland gezwungen werden, gewisse Artikel einzuführen. Dadurch würde sich die deutsche Währungs noch mehr verschlechtern. Infolgedessen sowie durch die vernichtete Industrie und den Verlust einer seiner reichsten Steuerquellen würde der Bankrott Deutschlands vollständig und der Europas näher gebracht werden.

Anwerbung Deutscher für die polnische Armee.

Allenstein, 16. Februar. Wie das „Allensteiner Volksblatt“ meldet, ist heute vormittag der polnische Agitator Jan Wojciesz, zurzeit Leiter des Sekretariats des Polenbundes für Ermeland, wegen bringenden Verdachtes der Weisheit zur Anwerbung deutscher Untertanen für die polnische Armee verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Londoner Konferenz.

London, 16. Februar. Das Neueste-Bureau erzählt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden werde, den der König zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt habe. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marshall Hoeh und General Heygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Die Forderungen der österreichischen Beamten.

Berlin, 17. Februar. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Wien meldet, haben die österreichischen Staatsbeamten beschlossen, ihre Forderungen auf Verdopplung der Gehälter, die von der Regierung abgelehnt worden waren, aufrechtzuerhalten und bis zur Durchführung dieser Maßnahmen die sofortige Auszahlung eines Beitrags von 5000 Kr. zu verlangen. Sollte die Regierung diesen Forderungen nicht nachkommen, so werden die Beamten in den Streik treten.

Die englische Arbeitslosenfrage.

London, 1. Februar. Im Verlaufe der Unterhaus-Debatte über die Arbeitslosenfrage erklärte Barnes, den Mitgliedern der Arbeiterpartei sei es nicht gelungen, irgendeinen praktischen Vorschlag für die augenblickliche Lage zu bieten. Es sei hoffnungslos, auf Rußland als Retter aus der augenblicklichen Lage zu blicken. Mit Bezug auf die Forderung, daß der Staat für eine angemessene Unterstützung der Arbeitslosen sorgen müsse, erklärte Barnes, es dürfe nichts unternommen werden, um den Anstoß zur Arbeit zu verringern. Eine Ursache der augenblicklichen Krise sei der Mangel an Vertrauen, der aus den Gewerbestreitigkeiten entstehe. Er werde den von der Arbeiterpartei eingebrachten Änderungsantrag nicht unterstützen und hoffe, die Regierung werde sich mit dem, was bisher unternommen wurde, nicht begnügen. Robert trat für freie Handelsbeziehungen mit anderen Völkern ein.

Die Kämpfe in Irland

London, 16. Februar. Nach einer amtlichen Dubliner Meldung sind im Laufe des Kampfes am 15. Februar bei Mountnabbes 8 Sinnfeiner getötet und 8 andere gefangen genommen worden.

Caruso liegt im Sterben.

Paris, 16. Februar. Nach einer Kabardmeldung aus New York liegt Caruso im Sterben. Er hat heute vormittag die Sterbetraktamente erhalten.

Die Internationalisierung der deutschen Schuld.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 16. Februar. Man fühlt in Frankreich nur zu gut, daß die Politik der Verbündeten in der Wiedergutmachungsfrage die amerikanischen Interessen, nicht minder aber die amerikanische Psychologie zu wenig berücksichtigt hat. Dieser Fehler wird um so empfindlicher, als man sich darüber klar wird, daß solche Wiedergutmachungspläne nur papiernen Wert haben können, wenn nicht die Vereinigten Staaten von Amerika ins Ginevrische Gesezogen sind. Amerika ist und bleibt nun einmal der einzige in Frage kommende Geldgeber, der die deutschen Bonds zu diskontieren in der Lage wäre, aus reiner Menschenfreundlichkeit würde sich aber die Union kaum dazu verstehen, Gelder auf Forderungen zu leihen, die sie für zweifelhaft hält. Einweilen ist sie nun zu den Verhandlungen in der Reparationsfrage nicht herangezogen worden, der bevorstehende Regierungswechsel hätte dies auch praktisch unmöglich gemacht, wenn man es nicht vorgezogen hätte, die Londoner Konferenz um einige Wochen zu verschieben. Aber das hat man in Paris offenbar nicht zulassen wollen, um von dortherin Einflüsse auszuschalten, die möglicherweise Deutschland zugute gekommen wären.

Inzwischen beschäftigt der Mobilisierungsplan der deutschen Schuld in beständig zunehmendem Maße die französische Öffentlichkeit. Im Zusammenhang mit der Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons in Stuttgart und den zu erwartenden deutschen Gegenvorschlägen erörtert man die Möglichkeiten, die deutsche Schuld mit Hilfe amerikanischer und neutraler Finanzgruppen flüssig zu machen. Aber die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe dürfte man sich ja haben wie drüben gleichermäßen im klaren sein. Auch Dr. Simons hat darauf hingewiesen, daß eine große internationale Finanzoperation für die europäische Gesamtwirtschaft zum Zwecke des Wiederaufbaus unerlässlich sei; eine solche internationale Anleihe sei jedoch nur erreichbar, wenn man eine ganze Anzahl der verteilten Bestimmungen des Friedensvertrages durch einfache und klare Finanzverpflichtungen ablöse. Der deutsche Standpunkt weicht aber von dem der Verbündeten insofern nicht unbedeutend ab, als die letzteren die Finanzfragen bei der Wiedergutmachung in Vordergrund stellen, während die deutsche Regierung den Nachdruck stärker auf das Produktionsproblem legt, insofern als die von Deutschland geforderten finanziellen Leistungen mehr dem allgemeinen Produktionsprozeß der Welt angepaßt werden müßten.

Frankreich seinerseits unterläßt nichts, um inzwischen in den Vereinigten Staaten von Amerika den Boden für die kommende internationale Anleihe vorzubereiten. Als erste Voraussetzung erscheint ihm für diesen Zweck die Bearbeitung der öffentlichen Meinung jenseits des Atlantischen Ozeans, die zwar den Anspruch Frankreichs auf eine seinen Schäden angemessene Wiedergutmachung anerkennt, aber doch deren Grenzen durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands gegeben sieht. Hier versucht die französische Propaganda „auszuklären“ und Mißverständnisse zu beseitigen. Vor allem sucht man es den Herren in Washington klarzumachen, daß man ja Deutschland gegenüber gar nicht grundsätzlich hartnäckig sei, nur verlange man dann auch von den verbündeten Gläubigern Entgegenkommen. In diesem Sinne wenigstens hat sich erst vor wenigen Tagen der Abg. Forreot unter dem großen Beifall der Deputiertenkammer ausgesprochen. Die andere Anregung der französischen finanzpolitischen Kreise an Amerika geht dahin, die Schuld Deutschlands in eine internationale Anleihe umzuwandeln, die, wie der „Tempo“ andeutet, nicht mehr den Charakter einer Zahlung des Besiegten an den Sieger, sondern den eines rein wirtschaftlichen Kredits tragen müsse. Solange es sich um eine Kriegsschuld handle, wird Deutschland immer wieder Mittel finden, sagt das Blatt, um sich ihr zu entziehen, und man könnte es nur mit Gewalt zur völligen Zahlung zwingen, im anderen Falle wäre der Kredit Deutschlands selbst an die Abtragung der Schuld gebunden, und es läge also in seinem eigenen Interesse, alle Zahlungen bis ans Ende zu leisten.